

- 8. SEP.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/202 - 8. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Ein neuer Start Abrüstung wieder aktuell - Die Rolle der Bundesregierung	46
2 - 3	Wieder Gewitterwolken über Algerien ? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	69
4 - 6	CDU-Druck auf das Deutsche Fernsehen Von H.G. Ritzel, MdB	110
7 - 8	Das Recht auf Gesundheit Forderungen sozialistischer Ärzte	65

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

### Ein neuer Start

sp - Hinter den Kulissen der Proklamationsdiplomatie scheinen sich Dinge zu vollziehen, die mehr als die bei offiziellen Anlässen gehaltenen Reden zeigen, wie stark das Bemühen in Ost und West um die Einleitung einer Entspannungspolitik ist. Die Ankündigung, USA, UdSSR, Grossbritannien und Frankreich hätten sich über die Wiederaufnahme der 1957 in London abgebrochenen Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UKO geeinigt und diesmal sogar der Bildung eines von den Sowjets schon seit langem geforderten paritätisch zusammengesetzten Ausschusses zugestimmt, ist ein gutes Zeichen. Schon am Donnerstag dieser Woche wird in New York die UKO-Abrüstungskommission zusammentreten und sicher die Vereinbarung der Grossmächte sanktionieren. Im Januar 1960 soll das paritätisch zusammengesetzte Gremium (USA, Grossbritannien, Frankreich, Kanada, Italien, UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien) in Genf mit der Arbeit beginnen. Besonders interessant ist hierbei, dass eine Rahmvereinbarung über die Wiederaufnahme der Londoner Abrüstungsverhandlungen schon während der zweiten Phase der Genfer Aussenministerkonferenz zustande kam, eine Tatsache, die bisher geheimgehalten wurde ...

Es dürfte gut sein, einen kurzen Blick auf die Gründe des Abbruchs der Abrüstungsverhandlungen im Jahre 1957 zu werfen. Damals standen der amerikanische Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen, Stassen, und der sowjetische Delegationsführer Sorin kurz vor der Einigung über gewisse regionale Abrüstungsvorschläge, die an den zweiten Eden-Plan anknüpften und auch seinerzeit schon das "Auseinanderrücken" der beiden Militärblöcke im Herzen Europas zur Ziele hatten (militärische Entspannungszone). Es gilt heute als sicher, dass die Bundesregierung in Washington vorstellig wurde, um mit Unterstützung des NATO-Oberkommandos die Fortsetzung bereits sich abzeichnender Beschlüsse im Sinne einer militärischen Entspannung mit Rücksicht auf ihre eigenen Aufrüstungsziele zu verhindern. Der damalige amerikanische Aussenminister Dulles reiste nach London, Stassen wurde mehr oder weniger kaltgestellt, die Abrüstungsverhandlungen wurden unterbrochen. Dann folgte die Periode der beschleunigten westdeutschen Aufrüstung und im Gegenzug die Diskussion über die Pläne des polnischen Aussenministers Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und deren Ablehnung durch den Westen.

Was dann kam war die hinreichend bekannte Steigerung der internationalen Spannungen mit ihrem Höhepunkt, dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows.

Der neue Start in Genf wird - im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen Eisenhower und Chruschtschow gesehen - zur Bewährungsprobe dafür werden, ob man in Bonn aus der jüngsten Vergangenheit etwas gelernt hat. Die Zustimmung der Westmächte, den Abrüstungsausschuss diesmal paritätisch zusammenzusetzen, ist ein Anzeichen dafür, dass man auch in Washington gewillt zu sein scheint, regional begrenzte Abrüstungsprobleme diskutieren zu lassen. Und genau an diesem Punkt erwartet man von Bonn Einsichten, die es bisher nicht gehabt hat.

### Wieder Gewitterwolken über Algerien?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ein einziges Wort hat die rechtsradikalen Kreise Frankreichs und Algeriens wieder in Aufregung versetzt und zu neuen Putschdrohungen veranlaßt: "Selbstbestimmung". Selbstbestimmung für Algerien! De Gaulle hat dieses Wort zwar nicht in seinen Reden vor der algerischen Bevölkerung gebraucht, wohl aber in den internen Besprechungen mit den Offizieren. Von "Integration", von der vollkommenen Eingliederung Algeriens, wie sie von den "Ultras" gefordert wird, war überhaupt keine Rede mehr. Nach Beendigung der "pacification" (Befriedung) soll das algerische Volk über sein weiteres Schicksal "selbst bestimmen", sagte de Gaulle; für die algerischen Nationalisten ist dieses Versprechen zu wenig, umsomehr, als Verhandlungen mit der FLN ausdrücklich abgelehnt werden. Für die französischen Ultranationalisten ist aber auch das schon zuviel.

Und so droht Dr. Lefèvre, Chef der "Ständestaatsbewegung", ganz offen mit einem neuen "nationalen Aufstand" für den Fall, daß mit "Zustimmung der Regierung" Algerien von Frankreich losgelöst werden sollte. Ein Verzicht auf Algerien wäre, laut Lefèvre, "ebenso ernst, wie ein Verzicht auf das Elsaß oder auf Savoyen". Über die Zukunft Algeriens dürfe ebenso wenig diskutiert werden wie etwa über die Zugehörigkeit des Seine-Departements zu Frankreich, verkündet der alger-französische Studentenbund, der "die Vernichtung" und die "bedingungslose Kapitulation" der Gegner fördert. Der angelsächsische Vermittlungsversuch im Algerien-Krieg habe schon 1958 "die Revolution des 13. Mai" hervorgerufen: "Die äußeren Feinde Frankreichs und die Verräter im Innern werden gut tun, sich daran zu erinnern, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen haben."

Ähnliche Drohungen hört man auch in "gemäßigteren" Kreisen. Der frühere Außenminister Georges Bidault schreibt in der Wochenzeitung "Carrefour": "Die Selbstbestimmung ist das neue Schlachtroß des Defaitismus".

Noch bedenklicher ist aber die Unruhe in den Offizierskreisen, die der Meinung sind, es gebe nur entweder "Integration" oder "Unabhängigkeit" für Algerien. Die Stimmung ist allerdings auch in

der Armee nicht einheitlich. Der Berichterstatter von "Le Monde" konstatiert, daß de Gaulle mehr Vertrauen in den Frontabschnitten fand, als in den Stäben oder bei den in Städten stationierten Einheiten, daß er mehr Anklang in Oran und Constantine hatte, als in Algier, wo General Massu Oberkommandierender ist. Das hängt selbstverständlich mit dem besonderen politischen Einfluß der "Ultras" in Algier zusammen, wo das "Echo d'Alger" die gereizte Stimmung der politischen und militärischen Opposition zum Ausdruck bringt und schon im Mai-Putsch 1958 eine treibende Rolle spielte. Die Polizei steht hier immer noch unter der Leitung von Oberst Godard.

#### Gescheiterte Vermittlungsversuche

Was für die Rechtsradikalen Anlaß zu neuen Drohungen ist, die Zusage einer "Selbstbestimmung" in einer noch nicht bestimmten Zukunft, ist zu wenig für die internationale Meinung. Es ist kein Geheimnis, daß Präsident Eisenhower dies General de Gaulle klarzumachen versuchte. Mit welchem Ergebnis, bleibt abzuwarten.

Das algerische Schicksal bleibt also noch im Dunkel; das wurde durch die mysteriöse Ermordung des Senators Benabyès während der Algerien-Reise de Gaulles wieder bestätigt. In Paris erfuhr man, daß der algerische Senator kurze Zeit vorher im höchsten französischen Auftrag in Genf den Chef der algerischen Exilregierung Ferhat Abbas gesehen haben soll, so daß bei verschiedenen Zeitungen der Verdacht auftauchte, Benabyès könnte der Feme der "Ultras" zum Opfer gefallen sein. Von der anderen Seite wurde erklärt, daß die Extremisten der FLN, Gegner von Ferhat Abbas, die Urheber des Mordes seien.

Nun hat einerseits die FLN offiziell dementiert, daß eine solche Begegnung in Genf jemals stattgefunden habe, und andererseits hat Paris dieses Dementi kommentarlos quittiert. Die beiden Täter haben ihrerseits erklärt, im Auftrage der FLN gehandelt zu haben. Es konnte aber nicht festgestellt werden, ob es sich dabei um die Exilregierung oder um eine besondere Terrorabteilung, die OS ("Organisation Spéciale") handelt. Es steht nur eines fest: es ist sehr gefährlich, zwischen den Fronten dieses grausamen Krieges vermitteln zu wollen, und es gibt immer weniger Männer, die eine solche Mission übernehmen könnten.

+ + +

CDU-Druck auf das Deutsche Fernsehen

Von H.G. Ritzel, MdB

Die beiden CDU-Abgeordneten Kroll und Riedel haben bekanntlich, bevor sie die Sendung überhaupt gesehen hatten, gegen den Versuch eines Portraits, das Gerd Ruge von Chruschtschow im Deutschen Fernsehen geben wollte und schließlich auch gab, Protest erhoben und die Unterlassung der Sendung verlangt. Der Versuch einer derart massiven Beeinflussung der Programmgestaltung des Deutschen Fernsehens durch Vertreter einer politischen Partei ist so erregend, daß die Diskussion hierüber zur Verhinderung weiterer Versuche nicht ohne weiteres untergehen darf. Der zugegebene Ausgangspunkt des Versuchs der beiden Abgeordneten besteht nach einer Aussage des Abgeordneten Riedel in der Meinung, daß ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages zur Beurteilung dessen, was dem deutschen Volk dient und frommt, besser und eher berufen sei, als das Volk selbst. Dem Abgeordneten wird damit die Stellung eines Vormundes zugewiesen, die ihm nicht gebührt. Das deutsche Volk, das durch eine bittere Schule leidvoller Erfahrungen gegangen ist, ist nicht unmündig. Es bedarf keiner Vormünder, sondern es bedarf jeder Möglichkeit, die eine sichere Urteilsbildung gewährleistet. Die Aufgabe des Fernsehens besteht in einer objektiven Berichterstattung; eine gelenkte Darstellung ist entschieden abzulehnen. Das deutsche Fernsehpublikum wünscht Tatsachen, wünscht realistische Bilder, wünscht wahre Unterlagen zu sehen, um sich selbst seine Meinung zum Zeitgeschehen bilden zu können. Jeder Versuch einer gelenkten Berichterstattung läuft praktisch auf eine Ausschaltung des Selbstdenkens und der eigenen Urteilsbildung hinaus. Er bedeutet, daß wenige sich für das Denken des Volkes verantwortlich fühlen, daß sie es nach ihrem Willen lenken und das Volk in geistiger Hinsicht unfrei machen wollen.

Vorzensur - verfassungswidrig

In die tägliche Praxis übertragen bedeutet ein solcher Versuch die Einführung einer Vorzensur und damit ein verfassungswidriges Vorgehen, denn in Art. 5, Abs. 1 des Grundgesetzes ist bestimmt, daß die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet sind und daß eine Zensur nicht stattfindet. Würde man dem Bestreben der Abgeordneten der CDU nachgeben, dann wäre der Weg zum totalitären Staat frei, und in der Entwicklung dieser Richtung gäbe es kein Halten mehr. Selbst politische katholische Stimmen haben sich gegen den Versuch gewandt, auf Grund der Abgeordneten-Eigenschaft Druckmittel gegenüber der Publizistik zu konstruieren. Das katholische Führungsorgan

"Echo der Zeit" erklärt u.a.: "Wer von unseren Fernseh- und Rundfunkanstalten bloß politische Hetze erwartet und ihr zuliebe auf eine möglichst objektive Darstellung auch des politischen Gegners und der politischen Gefahr verzichten möchte, der scheint uns ein verschobenes Verhältnis zur freiheitlichen Publizistik zu haben".

Es war schon eine üble Sache, daß sich CDU-Abgeordnete gegen eine Absicht wandten und nicht erst abwarteten, bis sie sich über die Durchführung dieser Absicht ein eigenes Urteil bilden konnten. Der Journalist Gerd Ruge, ein guter Rußlandkenner und ein Mann, der die Garantie dafür bot, daß er ein objektives Bild in dem Versuch eines Portraits des führenden Mannes der Sowjetunion bringen würde, hat - wie jeder objektiv Denkende, der die Sendung gesehen hat, nicht bestreiten wird - die Grenzen einer objektiven Berichterstattung in keiner Weise verletzt. Er ließ Bilder als Tatsachen sprechen und erlaubte dem deutschen Betrachter eine Meinungsbildung zu der Persönlichkeit des Mannes, der in seiner Botschaft an Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 18. August 1959 erklärte: "Heute stehen wir an der Wende der Beziehungen zwischen unseren Ländern. Es fragt sich: sind wir imstande, sachliche Zusammenarbeit anzubahnen und das Vertrauen wieder herzustellen, trotz der zwischen uns bestehenden Meinungsverschiedenheiten, die hauptsächlich ideologischer Natur sind?"

#### Ein politisches Problem

Die an dem Beispiel der Chruschtschow-Sendung aufgehängte Diskussion um das zweite Programm des Deutschen Fernsehens enthält nicht nur ein verfassungsrechtliches, sondern vor allem auch ein politisches Problem. Fernsehen ist ein Instrument der Meinungsbildung, und es ist heute klar, daß die Bundesregierung alles daran setzt, um diese Meinungsbildung zu beeinflussen. Dabei werden Argumente wie die von der Entpolitisierung von Rundfunk und Fernsehen benutzt, um Rundfunk und Fernsehen im Sinne der CDU zu politisieren. Rundfunk und Fernsehen sollen auf diesem Wege nichts anderes werden als ein neues Instrument der Macht im Dienste der Regierungspolitik. Es ist der Anfang des Weges, an dessen Ende das Staatsfernsehen, oder unter der Tarnkappe einer liberalistischen Entwicklung versteckt, das vom deutschen Großkapital gesteuerte Fernsehen im Dienste der Regierungspolitik stehen soll.

Die beiden CDU-Abgeordneten sprachen in ihrem Kampf gegen die Chruschtschow-Sendung von einer Oligarchie, also von der Ausartung der Aristokratie (des Fernsehens), indem sie sagten, Rundfunk und Fernsehen entwickle sich zu einer Oligarchie, die sich für sakrosankt, also für

hochheilig und unverletzlich halte, und sie behaupteten, das Fernsehen entziehe sich heute weitgehend einer demokratischen Kontrolle. Ganz abgesehen davon, daß eine Oligarchie des Fernsehens, die sich selbst für sakrosankt hält, in Wirklichkeit nicht besteht, übersehen diese Propagandisten eines staatsgelenkten Fernsehens, daß die demokratische Kontrolle der Fernsehsendungen wie auch der Rundfunksendungen heute in der Bundesrepublik durchaus vor allem Aufgabe der öffentlichen Meinung ist.

Die täglichen Kritiken in zahlreichen Tageszeitungen, die Kritiken in Wochenschriften, die Tatsache, daß wirtschaftliche Organisationen in der Bundesrepublik, so des Handwerks, der Gewerkschaften sich mit als Träger der Demokratie erklärt haben, garantiert ebenso wie Existenz und Wirksamkeit demokratischer Parteien der demokratischen Landesparlamente eine demokratische Kontrolle von Rundfunk und Fernsehen. Dieser Kontrolle ist gegenüber jeder Form einer Polizeikontrolle durch Beamte der Bundesregierung der Vorzug zu geben.

Mit dieser Feststellung wird auch die Behauptung klargestellt, wonach der Bundestag der einzige legitime Wächter über Erhaltung und Entwicklung der Freiheit in der Bundesrepublik sei.

Es wäre ein übler Beginn ...

Die Freiheit des Staatsbürgers gegenüber Rundfunk und Fernsehen liegt einmal in der oben skizzierten Möglichkeit einer echten demokratischen Kontrolle. Die individuelle Freiheit des Staatsbürgers gegenüber Rundfunk und Fernsehen aber liegt in der Tatsache, daß in der Demokratie jeder das Recht haben muß, sich frei über alles zu informieren und daß dementsprechend auch jeder das Recht haben muß, in völliger Freiheit auf solche Informationen zu verzichten.

Es wäre ein übler Beginn, wenn viele oder fast alle auf informatorische Fernsehsendungen verzichten müßten, weil einige es nicht wollen. Eine politische Gesamtschulung ist für den Staatsbürger nur auf Grund einer möglichst umfassenden Orientierungsmöglichkeit gegeben; an der Sicherung dieser Möglichkeit darf nicht gerüttelt werden.

+ + +

### Das Recht auf Gesundheit

H.K. - "Die Gefährdung aller Lebewesen durch radioaktive Strahlen ist heute zu einem Politikum geworden. Deshalb müssen Politiker und Wissenschaftler zusammenwirken, um die Bedrohung zu meistern", sagte Prof. Dr. Nachtsheim auf dem VII. Deutschen Sozialistischen Ärztekongreß, der über das Wochenende in Frankfurt stattfand.

Diese Tagung war eine Zusammenkunft politisch tätiger Wissenschaftler oder heilwissenschaftlich arbeitender Politiker. Deshalb war sie auch besonders geeignet, das Generalthema "Von der Bekämpfung der Krankheit zur Sicherung der Gesundheit" vom Standpunkt des Mediziners und Politikers zu behandeln.

Die Forderung nach einer umfassenden Gesundheitssicherung, wie sie von der SPD erhoben wird, müsse über den Rahmen reiner Sozialpolitik hinausgehen und durch eine gesundheitspolitische Gesamtkonzeption vertieft werden, verlangten die Delegierten in einer Entschliesung, in der zum vorliegenden zweiten Entwurf des Grundsatzprogramms der SPD Stellung genommen wird. Diese Konzeption solle den Schutz des einzelnen und der Gesamtheit gegen die gesundheitlichen Gefahren der Technik und Zivilisation sichern, andererseits den Grundanspruch des einzelnen auf Beratung und Hilfe gewährleisten, um ein Leben in Gesundheit und Wohlbefinden zu ermöglichen.

Auch die weiteren Anträge machten deutlich, daß die sozialistischen Ärzte keine standes-, sondern vor allem gesellschaftspolitische Fragen lösen wollen. Mit Besorgnis beobachteten sie die unterschiedliche Entwicklung des wissenschaftlichen und praktischen Arztiums in beiden Teilen Deutschlands. Unter dem Einfluß der SED verschieben sich in Mitteldeutschland die geistigen Grundlagen der Medizin. Die ASA forderte alle deutschen Ärzte, insbesondere die Hochschullehrer, auf, sich mit dieser Entwicklung zu befassen, um am Tage der Wiedervereinigung eine Grundlage zur Verständigung und zur Zusammenführung des Gesundheitswesens zu erhalten.

Mit Bedauern stellte der Kongreß fest, daß der Bundesinnenminister entgegen dem Beschluß des Bundesgesundheitsrates einen Sonderentwurf vorbereitete, der die Fragen des Werbewesens unabhängig vom Arznei-



mittelgesetz regeln solle. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß damit allzustark den Wünschen der Interessenten nachgegeben wird. Die sozialistischen Ärzte beauftragten den Bundesvorstand, Vorschläge für eine Reform des Medizinstudiums auszuarbeiten. Auch wenn der vom 62. Deutschen Ärztetag vorgelegte Ausbildungsplan neue Gesichtspunkte aufzeige, fehle ihm jeder Bezug zur modernen Gesellschaft. So seien die Sozialhygiene und das öffentliche Gesundheitswesen darin völlig unberücksichtigt geblieben.

Mit drei Vorträgen, "Die physikalischen Grundlagen der Kernenergie und ihre Bedeutung für die menschliche Gesellschaft" (Prof. Burkhardt, Hannover), "Die Strahlengefährdung des Erbgutes" (Prof. Nachtsheim, Berlin) und "Strahlensegen - Strahlengefahr" (Prof. Rajewsky, Frankfurt) beleuchteten die drei Wissenschaftler, die zu den anerkanntesten Experten ihres Fachgebietes gehören, die Gefahren und die Segnungen durch die Atomkraft. Übereinstimmend brachten sie zum Ausdruck, daß durch das noch ausstehende Atomgesetz und die fehlenden Strahlenschutzbestimmungen die Sicherheit der Bevölkerung sträflich vernachlässigt wird. Scharf kritisierte diesen Zustand der hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen, Heinrich Hemsath, der die Grüße der Landesregierung überbrachte. Der Minister begrüßte die gesundheitspolitischen Forderungen des Kongresses und fügte hinzu, "daß sie aber ohne einen Sieg der SPD nicht verwirklicht werden könnten."

Ministerialrat Dr. Hermann Karl, Düsseldorf, übte Kritik an der Absicht der westdeutschen Universitäten und Hochschulen, einen numerus clausus einzuführen. Die Tatsache, daß es heute mehr Studenten als Studienplätze gebe, sei kein Beweis für das große wissenschaftliche Interesse der Jugend, sondern ein Zeichen für das Unterangebot des Staates auf diesem Gebiet.

Der VII. ASÄ-Kongreß, an dem Willi Eichler als Vertreter des SPD-Vorstandes teilnahm, wählte Ministerialrat Dr. Karl, Düsseldorf, als ersten, und Dr. Dr. Schulte, Münster, als zweiten Vorsitzenden wieder.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel